

UND SONST

Strassenlampen: Kredit gesprochen

KABELTRASSEES cb. In Luzern werden die Lichter vorläufig nicht gelöscht. Der Grosse Stadtrat hat einen Kredit in der Höhe von 880 000 Franken gesprochen, um die Kabeltrassees der Strassenbeleuchtung zu erneuern. Gut angekommen ist bei allen Fraktionen der Fakt, dass die Stadt knapp 2,5 Millionen Franken einsparen kann, weil sie die Trassee-Erneuerung in einem Arbeitsgang mit den Werksinstallationen der EWL durchführen kann.

2,8 Millionen für Brückensanierungen

RAHMENKREDIT cb. In der Stadt Luzern gibt es 109 Brücken, 468 Stützmauern sowie See- und Flussufermauern. Müssten diese neu gebaut werden, würde dies rund 550 Millionen Franken kosten. Das Parlament hat einem Rahmenkredit in der Höhe von 2,8 Millionen Franken zugestimmt, um bis ins Jahr 2014 an einigen dieser Kunstbauten Sanierungsarbeiten durchführen zu können.

Grüne wollen Kulturkonzept

SALLE MODULABLE cb. Der Grosse Stadtrat hat ein Postulat von Urs Wollenmann (SVP) abgewiesen. Wollenmann wollte den Stadtrat bitten, als Standort für die Salle Modulable auch das Areal des Güterbahnhofs einzubeziehen. Der Stadtrat lehnte dies ab mit der Begründung, dass die privaten Initianten und nicht der Stadtrat den Standort auswählen müssten. Die Grünen benützten die Debatte, um klarzustellen, dass sie vor dem Standortentscheid ein kulturelles Gesamtkonzept (und nicht ein Betriebskonzept, wie diese Zeitung gestern schrieb) diskutieren möchten.

Millionenbetrag für Velodienste

BAHNHOF cb. Im Auftrag der Stadt Luzern führt Caritas die Velodienste als ein Arbeitsintegrations- und Beschäftigungsprojekt. Die Velodienste betreiben die bewachte Velostation am Bahnhof und sorgen für Ordnung auf den Veloparkplätzen am Bahnhofplatz. Der Grosse Stadtrat hat zur Finanzierung des Projekts für die nächsten vier Jahre einen Kredit von 1,13 Millionen Franken bewilligt. Die Velodienste bieten 15 Arbeitsplätze, im Durchschnitt 20 Prozent der Mitarbeiter können wieder in den regulären Arbeitsmarkt integriert werden.

51 Personen eingebürgert

BÜRGERRECHTSWESEN cb. Der Grosse Stadtrat hat 51 Personen das Schweizer Bürgerrecht zugesichert. Ein weiteres Gesuch wurde in einer ersten Abstimmung abgelehnt. Nach einem Rückkommensantrag wurde das Gesuch unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausführlich diskutiert, ein endgültiger Entscheid schliesslich aber vertagt.

Stadtrat vergisst Antworten

GRENDEL cb. Was geschieht mit der Planung am Grendel und am Löwengraben? Diese Frage, gestellt von Albert Schwarzenbach (CVP) in einer Interpellation, blieb gestern unbeantwortet. In der schriftlich vorliegenden Stellungnahme hat der Stadtrat nämlich zwei von zehn Fragen nicht beantwortet. Offenbar hat der Stadtrat nicht bemerkt, dass sich die Interpellation über zwei Papierseiten erstreckte. Bis zur nächsten Parlamentssitzung muss nun der Stadtrat die fehlenden Antworten nachliefern.

Hallenbad: Nachsicht und Kritik

GROSSER STADTRAT Bei der Auftragsvergabe fürs Hallenbad räumt der Stadtrat Fehler ein. Trotzdem stärkt das Parlament der Bau- und Direktion den Rücken.

CHRISTIAN BERTSCHI
christian.bertschi@neue-lz.ch

Der Bauauftrag für die Edelstahlbecken im neuen Hallenbad auf der Allmend wird definitiv nicht neu ausgeschrieben. «Der Rohbau des Hallenbades wird jetzt hochgezogen. Müssten wir neu ausschreiben, würde der Bau des



«Das wäre für den Stadtrat nicht zu verantworten.»

KURT BIEDER, BAUDIREKTOR

ganzen Gebäudes verzögert. Das wäre für den Stadtrat nicht zu verantworten», erklärte Baudirektor Kurt Bieder.

Der Stadtrat erhielt gestern vom Parlament Rückendeckung. Es gab dazu zwar keine Abstimmung, aber in der Diskussion zu zwei Interpellationen von Daniel Wettstein (FDP) und Urs Wollenmann/Werner Schmid (SVP) wurde klar: Die Mehrheit der Parlamentarier ist der Ansicht, dass der Stadtrat rechtlich korrekt gehandelt hat.

Bieder gesteht Fehler ein

Der Stadtrat hat die Surseer Firma Mauchle Metallbau AG aus dem Wettbewerb ausgeschlossen, weil sie die ausgeschriebenen Kriterien nicht entsprach. Gegen die Ausschreibungsunterlagen hatte Mauchle Beschwerde eingeleitet, blitzte aber vor Verwaltungsgericht ab. Gegen den Ausschluss aus dem Verfahren rekurrierte die Firma nicht. Dennoch kam der Fall an die Öffentlichkeit und sorgte für Wirbel. Und Kurt Bieder gestand den Fehler ein, nicht transparent informiert zu haben, dass die Firma Hinke bei der technischen Beratung mitgewirkt hat. Mittlerweile wurde auch die Hinke AG mit Hauptsitz in Österreich vom Verfahren ausge-



So wird das neue Hallenbad auf der Allmend aussehen. Visualisierung PD

schlossen (siehe Kasten). Den Auftrag für die Schwimmbecken erhielt nun eine andere österreichische Firma, deren Offerte um eine halbe Million Franken teurer war als jene von Mauchle. «Es ist hoch störend, dass hier zu viel Steuergeld ausgegeben wird», ereiferte sich Urs Wollenmann. Der Vergabe hatte ein schaler Nachgeschmack an,

deshalb forderte er eine Neuausschreibung. Philipp Federer (Grüne) fand es «erstaunlich, dass der kleinste Anbieter der günstigste war» und nicht berücksichtigt wurde.

Auf juristischem Weg wehren

Davon wollten die anderen Votanten nichts wissen. «Das Parlament ist ein

EXPRESS

- Der Stadtrat hat sich gestern den Fragen des Parlaments zum Hallenbad gestellt.
- Die von der Vergabe ausgeschlossene Firma will das Urteil nicht akzeptieren.

Hinke reicht Beschwerde ein

HALLENBAD lw. Der Stadtrat hat den Auftrag fürs Edelstahlbecken im neuen Hallenbad auf der Allmend der Firma Berndorf Bäderbau AG vergeben. Gegen diesen Entscheid will sich die Hinke Schwimmbad Schweiz AG wehren. Der Stadtrat hatte Hinke vom Verfahren ausgeschlossen, «weil nicht auszuschliessen war, dass sich die Firma durch die technische Beratung einen Vorteil hat verschaffen können», so der Stadtrat. Hinke-Geschäftsführer Alois Dachs sagt nun auf Anfrage unserer Zeitung: «Wir werden gegen den Ausschluss Beschwerde einreichen. Und wir werden darlegen, dass die Ausschreibung korrekt war und von uns nicht zu unseren Gunsten beeinflusst wurde. Wir hoffen trotz des Urteils des Verwaltungsgerichts darauf, dass wir den Auftrag bekommen.» Hinke kläre derzeit auch ab, ob sich die Firma gerichtlich gegen die Unterstellungen der Firma Mauchle wehren werde.

Parlament und kein Gericht», sagte David Roth (SP), und Franziska Bitzi (CVP) verwies darauf, dass sich ungerecht behandelte Firmen auf dem juristischen Weg wehren müssten. Manuela Jost (Grünliberale) befand den Fall Mauchle als «unschön», befürchtete aber, dass eine Verzögerung teurer käme als die um eine halbe Million Franken günstigere Offerte von Mauchle. Martin Merki (FDP) bezichtigte Mauchle und den Gewerbeverband des schlechten Stils, via Medien Druck auf den Stadtrat aufzubauen.

Das Problem liege viel mehr im Gesetz für öffentliche Beschaffungen. «Es hat zur Folge, dass der Gewerbeheimat-schutz abgebaut wurde», sagte Hans Stutz (Grüne). Eine Änderung dieses Gesetzes müsste auf anderer Ebene, nicht im Stadtparlament, bewirkt werden.

Stadt zahlt weniger Geld an die Spitex

SPITEX Wer Pflegeleistungen zu Hause nutzt, muss künftig 16 Franken pro Tag zahlen. Das entlastet die Stadtkasse.

Die Stadt schliesst mit der Spitex Luzern Littau eine Leistungsvereinbarung ab. Darin wird die finanzielle Unterstützung der Stadt neu geregelt. Mit dem Vertrag wird die Stadtkasse entlastet. Denn neu zahlt die Stadt jährlich noch 6,5 Millionen Franken an die Spitex. Zum Vergleich: Dieses Jahr budgetiert die Stadt mit einem Betrag von 7,16 Millionen.

Der Systemwechsel wird nötig durch die neue Pflegefinanzierung. Darin ist festgehalten: Wer die Leistungen der Spitex nutzt, muss neu einen maximalen Beitrag von 16 Franken pro Tag entrichten. Obwohl die Stadtkasse entlastet wird, soll es aber nicht zu einem Qualitätsverlust kommen, so Sozialdirektor Ruedi Meier.

Die Spitexvereine von Littau und von Luzern haben sich im Zuge der Gemeindefusion zusammengeschlossen. Sämtliche Fraktionen zeigten sich von der Arbeit der Spitex begeistert. Stellvertretend sagte Stefanie Wyss von den Jungen

Grünen: «Die Spitex ist längst nicht mehr nur eine Pflegedienstleistung, sondern sie ermöglicht den Seniorinnen und Senioren auch soziale Kontakte.»

90 000 Spitex-Stunden pro Jahr Meier betonte, dass die Stadt zwar die Spitex Luzern Littau finanziere, aber



«Spitex ermöglicht soziale Kontakte.»

STEFANIE WYSS,
JUNGE GRÜNE

auch ein Interesse an privaten Spitexorganisationen hat. Die Spitex Luzern Littau betreut mit 183 Mitarbeitenden jährlich 1900 Kunden in rund 90 000 Arbeitsstunden.

CHRISTIAN BERTSCHI
christian.bertschi@neue-lz.ch

Luzern erhält ein neues Stadtarchiv

REUSSBÜHL 8,8 Millionen Franken kostet ein neues Stadtarchiv. Trotz Sparplänen anerkennen alle Fraktionen die Notwendigkeit des Neubaus.

Auf der Wiese unterhalb der Kantonsschule Reussbühl will die Stadt Luzern ein neues Stadtarchiv bauen. Der Grosse Stadtrat hat gestern einen Kredit von 820 000 Franken einstimmig beschlossen. Mit diesem Geld wird ein Architekturwettbewerb durchgeführt und der Neubau geplant. Baudirektor Kurt Bieder rechnet mit totalen Kosten in der Höhe von rund 8,8 Millionen Franken.

Neubau kann nicht warten

Für David Roth (SP) war es bedenklich zu sehen, welchen Gefahren das Stadtarchiv am heutigen Standort an der Industriestrasse ausgesetzt ist. Das dort seit 40 Jahren bestehende Stadtarchiv erfüllt die heute geltenden Massstäbe in Sachen Bodenbelastung, Brand- und Wasserschutz nicht mehr. Unisono unterstrichen alle Fraktions-sprecher die Notwendigkeit eines Neu-

baus. Markus Mächler (CVP) sagte: «Angesichts des Sparpakets und der anstehenden Investitionen scheint das Stadtarchiv keine Priorität zu haben. Ein Verschieben des Neubaus könnte aber noch viel teurer werden.»

Minergie-Standard angestrebt

Kritische Töne gab es allerdings zum Ausbaustandard. Mutlos sei der Stadtrat, wenn er nicht den höchsten Minergie-Standard anwende, sagte David Roth. Worauf Stadtrat Kurt Bieder versicherte: «Die Jury hat sich mit den Minergie-Formen intensiv auseinandergesetzt. Der Stadtrat ist nicht mutlos, sondern verantwortungsbewusst.» Der strengere Minergie-Standard werde angestrebt, denn der Ökologie und Nachhaltigkeit sei besondere Beachtung zu schenken.

Der Architekturwettbewerb wird nun öffentlich ausgeschrieben. Der Stadtrat rechnet damit, bis in einem Jahr dem Parlament das Bauprojekt präsentieren zu können. Wird dieser Zeitplan eingehalten, könnte das Stadtarchiv den Neubau 2013 beziehen.

CHRISTIAN BERTSCHI
christian.bertschi@neue-lz.ch